



Côte d'Ivoire: Situation der Opposition

Themenpapier

Alexandra Geiser

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto
PC 30-1085-7

Bern, 10. Februar 2014



Member of the European
Council on Refugees and Exiles

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

AUTOR

Alexandra Geiser

ÜBERSETZUNG

SPRACHVERSIONEN

deutsch

COPYRIGHT

© 2012  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Hintergrund	1
3	Siegerjustiz	3
4	Politische Polarisierung	4
5	Sicherheitssituation	5
5.1	Sicherheitskräfte	6
5.2	Entwaffnung (Disarmament, Demobilization and Reintegration, DDR)	6
5.3	Dozo	7
5.4	Krise im Westen	8
5.5	Vorfälle 2013	9
6	Einschüchterung der Opposition: Verhaftungen, Verschwindenlassen	9
6.1	Politisch und ethnisch motivierte Verhaftungen	10
6.2	Massenverhaftungen 2012	11
6.3	Verhaftungen 2013	12
6.4	Mordkommandos nach Ghana entsandt	12
6.5	Einschüchterung von Journalisten	12
7	Angst vor der Rückkehr	13
8	Glossar	14
8.1	Personen	14
8.2	Parteien	14
8.3	Armee / bewaffnete Gruppen	14

1 Einleitung

Auch knapp drei Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges, der nach den Präsidentschaftswahlen 2010 mehr als 3000 Tote forderte, ist die Situation im westafrikanischen Staat Côte d'Ivoire weiterhin angespannt. Verschiedene Beobachter sind sich einig: Die Siegerjustiz, die mangelnde Professionalität der Sicherheitskräfte, die weiterhin in Menschenrechtsverletzungen involviert sind, die zu zögerlich fortschreitende Entwaffnung ehemaliger Milizen sowie die Polarisierung der politischen Parteien stellen grosse Herausforderungen für die Stabilität des Landes dar. *Human Rights Watch* weist im Jahresbericht 2013 darauf hin, dass trotz gewisser Verbesserungen auf gesetzlicher Ebene, weder ein unabhängiges Justizsystem gestärkt, noch die Menschenrechtsverletzungen während der Gewalt nach den Wahlen 2010/2011 aufgearbeitet wurden. Weitere destabilisierende Faktoren, die mit der seit über einem Jahrzehnt andauernden Gewalt verknüpft sind, wie Straffreiheit, Korruption, Landkonflikte sowie die grossräumige Verbreitung von Waffen, sind nach wie vor nicht aufgearbeitet. Mitglieder der Sicherheitsdienste waren auch 2013 in Menschenrechtsverletzungen und kriminelle Handlungen involviert.¹

2 Hintergrund

1993, Tod von Houphouët-Boigny. Der Konflikt in Côte d'Ivoire entbrannte 1993 nach dem Tod des langjährigen Präsidenten Felix Houphouët-Boigny, der 33 Jahre lang die Alleinherrschaft ausgeübt hatte.² Es konnte nicht geklärt werden, wer die legitime Nachfolge antreten soll. Drei streitbare Anwärter auf den Stuhl des Präsidenten, Laurent Gbagbo, Henri Konan Bédié und Alassane Ouattara, kämpften seither mal als Verbündete, mal als erbitterte Gegner um die Macht. Henri Konan Bédié amtierte zuvor als Finanzminister, wurde wegen Korruption entlassen, doch später von Houphouët-Boigny zum Präsidenten der Nationalversammlung ernannt. Er war laut Verfassung im Fall eines Machtvakuum als Interims-präsident vorgesehen. Sein direkter Gegner nach dem Tod von Houphouët-Boigny war Alassane Ouattara, der 1990 im Zusammenhang mit dem Zerfall der Kakaopreise als liberaler Ökonom zum Premierminister berufen worden war. Ouattara bekämpfte die staatliche Misswirtschaft und setzte sich für die Reform des Steuersystems ein, mit der er sich viele Feinde machte. Ihm wurde bereits zu Beginn der 1990er Jahre vorgeworfen, kein echter Ivorer zu sein. Nach dem Tod des Präsidenten am 7. Dezember 1993 setzte sich Henri Konan Bédié durch, Alassane Ouattara verzichtete unter internationalem und insbesondere französischem Druck auf sein Amt.³

«Ivorité» und Präsidentschaftswahlen 1995. Henri Konan Bédié schuf bereits Mitte der 1990er Jahre das Konzept der «Ivorité» und unterschied darin zwischen «Ivo-

¹ Human Rights Watch, World Report 2014 - Côte d'Ivoire, 21. Januar 2014: www.refworld.org/docid/52dfdfa14.html.

² Zeit der Einheitspartei unter der Parti démocratique de la Côte d'Ivoire, PDCI.

³ Le Monde Diplomatique, Drei ungleiche Brüder, In der Elfenbeinküste streiten die Erben des Staatsgründers schon lange um die Macht, 14. Januar 2011: www.monde-diplomatique.de/pm/2011/01/14.mondeText.artikel,a0053.idx,17.

ern» (hauptsächlich die ethnischen Gruppen im Süden) und «Hinzugezogenen» (vor allem die Gruppen im Norden, die «Dioula»). Das politische Ziel von Bédié war, auf diese Weise den Ausschluss Alassane Ouattaras von den Wahlen zu erreichen, der mit seiner Wählerbasis im Norden als sein stärkster Konkurrent galt.⁴ Ouattara tat sich mit dem Sozialisten Laurent Gbagbo zusammen. Dieser hatte sich bei den ersten Präsidentschaftswahlen von 1990 mit 18 Prozent der Wählerstimmen profiliert. Ouattara und sein neuer Verbündeter Gbagbo entschlossen sich zu einem Wahlboykott und Henri Konan Bédié wurde 1995 mit 96.44 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Bereits 1982 gründete Gbagbo im Untergrund die Ivorische Volksfront, die *Front Populaire Ivoirien* (FPI). Als in den frühen 1990er Jahren das Einparteiensystem beendet wurde, repräsentierte Gbagbo die Opposition. Er gründete die Studentenvereinigung FESCI (*Fédération estudiantine et scolaire de Côte d'Ivoire*), die zum entscheidenden Vehikel für seinen politischen Aufstieg wurde. Generalsekretär der FESCI war seit 1995 Guillaume Soro, der später von 2002 bis 2006 die bewaffnete Rebellion anführte und 2007 unter Gbagbo Premierminister wurde. Jahre später, als nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl von 2010 Alassane Ouattara die neue Nummer Eins wurde, wechselte Soro das Lager und wurde zum Premierminister ernannt.⁵

1999 Staatsstreich. Am 24. Dezember 1999 stürzten junge Offiziere den amtierenden Präsidenten Henri Konan Bédié durch einen Staatsstreich. Neuer Machthaber wurde General Robert Guéï, welcher der Ära der *Parti démocratique de la Côte d'Ivoire* (PDCI) ein Ende setzte.⁶

Präsidentschaftswahlen 2000. General Guéï trat bei den Präsidentschaftswahlen gegen Laurent Gbagbo an. Alassane Ouattara wurde mit der Begründung von der Wahl ausgeschlossen, er sei ein Burkiner. Bédié wurde ebenfalls ausgeschlossen, da er die Dokumente falsch ausgefüllt habe.⁷ Oppositionsführer Laurent Gbagbo gewann 2000 die Wahlen gegen Robert Guéï, der sich noch einige Tage gewaltsam an der Macht zu halten versuchte. Nach den Wahlen kam es zu Ausschreitungen zwischen Anhängern Gbagbos und Ouattaras.⁸

Lokalwahlen 2001. Nach dem Wahlsieg des *Rassemblement des Républicains* (RDR), der Partei Alassane Ouattaras, anlässlich der Lokalwahlen von 2001, kehrte der amtierende Präsident Laurent Gbagbo zum Konzept der «Ivoirité» zurück, das sein Vorgänger begründet hatte und liess eine umstrittene Erfassung der gesamten Bevölkerung durchführen.⁹ Diese betraf besonders die Bewohner der nördlichen Landesteile, deren Vorfahren grösstenteils aus Mali und Burkina Faso eingewandert waren.¹⁰

⁴ Bundeszentrale für politische Bildung, Elfenbeinküste, 1. November 2011: www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54596/elfenbeinkueste

⁵ Le Monde Diplomatique, Drei ungleiche Brüder, 14. Januar 2011.

⁶ Le Monde Diplomatique, Drei ungleiche Brüder, 14. Januar 2011.

⁷ Freedom House: Freedom in the World 2013 - Côte d'Ivoire, Januar 2013: www.ecoi.net/local_link/246475/356562_en.html.

⁸ Bundeszentrale für politische Bildung, Elfenbeinküste, 1. November 2011.

⁹ Bundeszentrale für politische Bildung, Elfenbeinküste, 1. November 2011.

¹⁰ Deutsche Welle, Elfenbeinküste: Einbürgern für den Frieden?, 26. August 2013: www.dw.de/elfenbeink%C3%BCste-einb%C3%BCrgern-f%C3%BCr-den-frieden/a-17045738.

Bürgerkrieg 2002-2007. Mit der Absicht Gbagbo zu stürzen, griffen im September 2002 ehemalige Soldaten, Städte im Norden und Süden des Landes an. Die Rebellen, die sich unter Rebellenführer Guillaume Soro zu den *Forces armées des Forces nouvelles* (FAFN) zusammengeschlossen hatten, brachten den Norden unter ihre Kontrolle und das Land war faktisch zweigeteilt in den eher christlich geprägten Süden unter Präsident Laurent Gbagbo und den eher muslimisch geprägten Norden unter Soro und den FAFN.¹¹

Friedensabkommen vom März 2007. Unter der Vermittlung von Burkina Faso konnte ein Friedensabkommen verhandelt werden. Rebellenführer Guillaume Soro wurde Premierminister. Er sollte die Rebellenarmee und die reguläre Armee zusammenführen und freie Wahlen organisieren.¹²

2010 Wahlen und erneuter Bürgerkrieg. Bei den Präsidentschaftswahlen 2010, die seit 2007 immer wieder verschoben worden waren, gewann Laurent Gbagbo zwar die erste Runde, verlor aber die Stichwahl gegen Alassane Ouattara, der vom Drittplatzierten Henri Konan Bédié unterstützt wurde. Die Wahlkommission erklärte Ouattara mit 54.1 Prozent der Stimmen zum Wahlsieger. Auf Einspruch Gbagbos annullierte das Verfassungsgericht das Ergebnis und erklärte Gbagbo mit 51.4 Prozent zum Sieger. Beide Kandidaten liessen sich daraufhin als Präsidenten vereidigen. Premierminister Soro wechselte das Lager und blieb unter Ouattara im Amt. Bei den darauf folgenden bewaffneten Auseinandersetzungen kamen 3000 Menschen ums Leben und Tausende flohen. Am 17. März 2011 erklärte Alassane Ouattara die nordivorische Rebellenarmee, die *Forces armées des Forces nouvelles* (FAFN), offiziell zu seiner Regierungsarmee, die fortan *Forces républicaines de Côte d'Ivoire* (FRCI) hiess. Diese begann im Westen des Landes die Waffenstillstandslinie zu überqueren. Im Verlauf einer Grossoffensive gegen den Süden zog sich Laurent Gbagbos Armee vielerorts kampfflos zurück. In der Stadt Duékoué jedoch starben hunderte Menschen. Am 1. April 2011 erreichten erste FRCI-Einheiten, die Ouattara unterstützen, die Wirtschaftsmetropole Abidjan. Am 5. April 2011 schliesslich erklärten hochrangige Mitstreiter Gbagbos den Krieg für beendet.¹³

November 2011. Laurent Gbagbo wird dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag überstellt, wo er sich in vier Anklagepunkten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten muss.¹⁴ Eine Versöhnung der Kriegsparteien sowie eine Aufarbeitung der Kriegereignisse hat bis heute nicht stattgefunden.

3 Siegerjustiz

Inzwischen kritisieren nicht nur Menschenrechtsorganisationen, sondern auch die UN, dass die Siegerjustiz einer Versöhnung im Weg steht. Neben *Human Rights*

¹¹ Bundeszentrale für politische Bildung, Elfenbeinküste, 1. November 2011; Deutsche Welle, Elfenbeinküste: Einbürgern für den Frieden?, 26. August 2013.

¹² TAZ, Die Krise in der Elfenbeinküste, Volksaufstand, Putsch, gefälschte Wahlen: Seit dem Tod des Landesvaters Felix Houphouët-Boigny 1993 ist die Elfenbeinküste nicht mehr zur Ruhe gekommen. Eine Chronologie, 5. April 2011: www.taz.de/!68609/.

¹³ TAZ, Die Krise in der Elfenbeinküste, Volksaufstand, 5. April 2011.

¹⁴ BBC, Ivory Coast Profile, 15. Januar 2014: www.bbc.co.uk/news/world-africa-13287585.

Watch¹⁵, Amnesty International¹⁶ oder der International Federation for Human Rights¹⁷ kritisieren auch die UN¹⁸, dass die Ouattara-Anhänger, die ebenso wie ihre Kontrahenten, die Gbagbo-Anhänger, in Menschenrechtsverletzungen involviert sind, Straffreiheit geniessen.¹⁹ Bis Ende 2013 wurden unter den Gbagbo-Anhängern mehr als 150 Zivilisten und Armeeangehörige angeklagt, auf der Seite von Ouattara dagegen niemand. Zivile Gerichte hatten bis Ende 2013 noch keine Verhandlungen eröffnet, die angeklagten Gbagbo-Anhänger sitzen zum Teil seit über zweieinhalb Jahren in Haft.²⁰

Gescheiterte Versöhnung. Die *Côte d'Ivoire's Dialogue, Truth and Reconciliation Commission (CDVR)*, die im September 2011 eingesetzt wurde, hat nach zwei Jahren ihr Mandat abgeschlossen und einen Schlussbericht erstellt. Beobachter kritisieren gegenüber dem UN-Informationdienst IRIN, dass die Kommission nichts für die Versöhnung erreicht habe. Sie fordern, dass das Mandat verlängert und die Struktur sowie der Auftrag der Kommission angepasst werde. Die Kommission habe sich nicht für die Opfer des Konfliktes eingesetzt und ihr Leiter habe sie für seine eigenen politischen Ambitionen missbraucht. Bisher wurden nur Gbagbo-Anhänger vor Gericht gebracht. Im Zusammenhang mit der bis anhin gescheiterten Versöhnung wird von Beobachtern darauf hingewiesen, dass die Krise noch nicht beendet sei.²¹

4 Politische Polarisierung

Vor allem im Vorfeld der Wahlen stiegen die Spannungen zwischen den politischen Fraktionen stark an. Vor den Kommunal- und Regionalwahlen im April 2013 wurde die Stimmung als aufgeheizt beschrieben. Es kam zu blutigen Zwischenfällen. Der Riss durch die ivoirische Gesellschaft ist tief und die Anhänger Laurent Gbagbos stehen denen des jetzigen Präsidenten Alassane Ouattara nach wie vor unversöhnlich gegenüber. Gbagbos seit 2010 entmachtete *Front Populaire Ivoirien* (FPI) boykottierte nach den Parlamentswahlen 2011 auch die Kommunalwahlen 2013. Ausserdem bröckelt die Allianz zwischen Ouattara und Henri Konan Bédié. Seit Gbagbo von der Bildfläche verschwunden und nach Den Haag an den internationalen Strafgerichtshof überstellt worden ist, gibt es keinen Grund mehr, zusammen zu arbeiten.²² Die Versuche, die FPI in den politischen Prozess zu integrieren, sind bis anhin gescheitert. Gespräche zwischen der Regierung und elf politischen Formationen

¹⁵ Human Rights Watch, World Report 2014 - Côte d'Ivoire, 21. Januar 2014.

¹⁶ Amnesty International, Côte d'Ivoire: Militia leader accused of crimes against humanity must be detained lawfully, 17. Januar 2014: <http://www.refworld.org/docid/52de3c104.html>.

¹⁷ International Federation for Human Rights, Ivory Coast: the fight against impunity at a crossroads, 22. Oktober 2013: www.refworld.org/docid/526e5a074.html.

¹⁸ UN Security Council, Midterm report of the Group of Experts on Côte d'Ivoire, pursuant to paragraph 19 of Security Council resolution, 2101 (2013), 14. Oktober 2013: www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2013/605.

¹⁹ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. November 2013.

²⁰ Human Rights Watch, World Report 2014 - Côte d'Ivoire, 21. Januar 2014.

²¹ Integrated Regional Information Networks, Côte d'Ivoire truth panel seen faltering, 13. Januar 2014: www.refworld.org/docid/52d5078a4.html.

²² Deutsche Welle, Elfenbeinküste: Ein Riss durch die Gesellschaft, 19. April 2013: www.dw.de/elfenbeinkueste-ein-riss-durch-die-gesellschaft/a-16756684.

wurden am 6. September 2013 zwar wieder aufgenommen, die FPI verweigert jedoch weiterhin die Teilnahme.²³

Parlamentswahlen 2011. Bert Koenders, der damaliger Leiter der UN-Mission in Côte d'Ivoire, berichtete, dass es kurz vor den Parlamentswahlen im Dezember 2011 im Rahmen der Wahlkampagnen zu Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen gekommen sei, bei denen auch Tote und Verletzte zu beklagen waren. Vor allem Frauen seien eingeschüchtert worden.²⁴

Kommunalwahlen 2013. Bei den Kommunalwahlen am 21. April 2013 zeigte sich der Konflikt zwischen Ouattaras *Rassemblement des Républicains* (RDR) und Bédiés *Parti démocratique de la Côte d'Ivoire* (PDCI) überdeutlich. Landesweit kam es am 22. April 2013 zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der regierenden Koalition PDCI und der RDR, insbesondere in den Ortschaften Yamoussoukro, Mankono, Bonon, Lakota, sowie in Adjamé und Kouamassi, Stadtteilen von Abidjan.²⁵ Die Koalitionspartner RDR und PDCI warfen sich im Anschluss an den Urnengang gegenseitig Wahlbetrug und Manipulationen vor. Immer wieder kam es nach dem Wahltag zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Parteianhängern sowie zwischen rivalisierenden Parteimitgliedern vor allem in Abidjan. Mindestens zwei Menschen sollen dabei nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa getötet worden sein, mehrere wurden verletzt.²⁶

Neues Gesetz zur «Ivorité» im Hinblick auf die Wahlen 2015. Auf Initiative der Regierung von Präsident Alassane Ouattara ermöglicht das am 23. August 2013 verabschiedete Gesetz nun Menschen mit ausländischen Wurzeln, Staatsangehörige der Elfenbeinküste zu werden. Dies gilt für Einwanderer, die vor mehr als 40 Jahren ins Land kamen und für ihre Nachkommen. Beobachter befürchten, dass das neue Gesetz zur Einbürgerung wieder alte Wunden aufreisst. Viele Ivorer haben Angst, dass ihnen von den neu eingebürgerten Nachbarn Land weggenommen wird. Dies betrifft besonders den Westen des Landes. Beobachter beschreiben, dass im Westen unter Duldung der aktuellen politischen Elite so etwas wie ein Landnahme-Prozess statt finde. Zudem diene das neue Gesetz mittelfristig nicht zur Regelung der Landkonflikte und der Staatszugehörigkeit, sondern zur Erschliessung neuer Wählerschichten, welche die Macht der aktuellen Eliten absichern und bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2015 den amtierenden Alassane Ouattara bestätigen sollen.²⁷

5 Sicherheitssituation

Im Bericht des *UN Security Councils Secretary-General on the Protection of Civilians in Armed Conflict* vom November 2013 wird darauf hingewiesen, dass die Sicherheitssituation weiterhin fragil ist. Ende Oktober 2013 waren 45'000 Menschen

²³ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. Oktober 2013.

²⁴ United Nations Operation in Côte d'Ivoire, Press statement by SRSR Albert Koenders, 9. Dezember 2011: www.onuci.org/pdf/Message%20SRSR9dec2011.pdf.

²⁵ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. Mai 2013.

²⁶ Deutsche Welle, Erfolg für unabhängige Kandidaten, 26. April 2013: www.dw.de/erfolg-f%C3%BCr-unabh%C3%A4ngige-kandidaten/a-16774928.

²⁷ Deutsche Welle, Elfenbeinküste: Einbürgern für den Frieden?, 26. August 2013.

intern vertrieben und konnten aufgrund der Sicherheitssituation und der humanitären Lage nicht in ihre Herkunftsorte zurückkehren. 77'000 Flüchtlinge lebten nach wie vor in den Nachbarländern. Die *United Nations Operation in Côte d'Ivoire* (UNOCI) dokumentierte weiterhin Fälle von Hinrichtungen im Schnellverfahren, Verschwindenlassen von Personen, von willkürlichen Verhaftungen und Folter, worin auch Mitglieder der nationalen Sicherheitsdienste involviert waren. Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Sicherheitskräfte gegen Personen wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer (angenommenen) politischen Präferenzen schüren weiterhin Konflikte auf lokaler Ebene.²⁸

5.1 Sicherheitskräfte

Am 17. März 2011 gründete Präsident Alassane Ouattara die *Forces républicaines de Côte d'Ivoire* (FRCI). Darin sollten die *Forces de défense et de sécurité* (FDS), die Laurent Gbagbo gegenüber loyal waren sowie die *Forces armées des Forces nouvelles* (FAFN), die seit dem Aufstand der Armee 2002 den Norden des Landes beherrschten, integriert werden. Die Zusammenführung war jedoch nicht erfolgreich. Zwischen den Angehörigen dieser beiden früheren Armeen herrscht grosses Misstrauen und die ehemaligen Kommandanten der Rebellenarmee wollen ihre neu gewonnene Macht für sich behalten. Am 19. Dezember 2011 etablierte Ouattara die Militärpolizei. Die Militärpolizei überschreitet regelmässig ihre Kompetenzen, indem sie auch Zivilisten willkürlich und ohne Verfahren verhaftet. Seit Jahrzehnten wurden die Sicherheitskräfte politisiert, darunter auch die Polizei. Die Rekrutierung fand nach ethnischen Kriterien statt. Auch Gbagbo liess, als er an der Macht war, hunderte aus rein ethnischen Gründen genehme Personen für die Polizei und die Militärpolizei rekrutieren. Beide spielten denn auch eine zentrale Rolle bei der Machterhaltung, indem sie wiederholt in Menschenrechtsverletzungen gegen tatsächliche und vermutete Gegner Gbagbos involviert waren. Mit der Machtübernahme von Ouattara wurde die Polizei in vielen Bereichen entmachtet, ihr Zugang zu Waffen und Munition ist eingeschränkt und viele ihrer Aufgaben haben die neuen Regierungstruppen, die FRCI, übernommen.²⁹

5.2 Entwaffnung (Disarmament, Demobilization and Reintegration, DDR)

Trotz verschiedener Bemühungen ist der Demobilisierungsprozess tausender Kämpfer, die seit 2002 als Milizen entweder im Norden auf der Seite der FAFN-Rebellen oder der Gbagbo loyalen Gruppen gekämpft haben, noch lange nicht abgeschlossen. *United Nations Operation in Côte d'Ivoire* (UNOCI) ging nach dem Bürgerkrieg von 60'000 bis 80'000 bewaffneten Milizen aus.³⁰ Im *Midterm Report of the Group of Experts on Côte d'Ivoire* vom Oktober 2013 rechnen die Experten nicht mehr damit,

²⁸ UN Security Council, Report of the Secretary-General on the protection of civilians in armed conflict [S/2013/689], 22. November 2013: www.ecoi.net/file_upload/1226_1386167277_n1355660protectcivil.pdf.

²⁹ Amnesty International, *Cote d'Ivoire: The Victors' Law: The Human Rights Situation two Years after the Post-Electoral Crisis*, 26. Februar 2013: www.amnesty.org/en/library/asset/AFR31/001/2013/en/e5b7a774-3898-4254-8985-6755a67a0c14/af310012013en.pdf, S. 14-16.

³⁰ Amnesty International, *Cote d'Ivoire: The Victors' Law*, 26. Februar 2013, S. 17.

dass Côte d'Ivoire die Entwaffnungspläne im zeitlich festgelegten Rahmen umsetzen kann.³¹ Bis am 5. September 2013 waren bloss 9'422 Milizionäre demobilisiert und 9'600 Waffen wurden abgegeben. Die Experten kritisieren, dass die einzelnen Kommandanten grossen Einfluss auf die Demobilisierung haben, da sie die zu entwaffnenden Soldaten auswählen. So haben sie Einfluss auf bewaffnete Gruppen inner- und ausserhalb der offiziellen Armee, welchen sie für ihre eigenen militärischen, politischen und finanziellen Interessen nutzen.³² Viele jugendliche Kämpfer, die auf der Seite von Alassane Ouattara gekämpft haben, werden nach wie vor von regulären Kommandanten militärisch eingesetzt. Ehemalige Rebellen, die nun in der offiziellen Armee wichtige Stellungen haben, sind in Schmuggel von Kakao, Holz- und weiteren Exportgütern involviert und zweigen auf diese Weise Millionen US-Dollar in die eigenen Taschen ab.³³ Die Experten befürchten, dass die Kommandanten diese Gelder bei einer Verschlechterung der Sicherheitssituation für die Durchsetzung ihrer eigener Interessen nutzen könnten.³⁴

5.3 Dozo

Dozo sind traditionelle Jäger, die sich nach dem Ausbruch der Rebellion im Norden 2002 als Miliz auf Seite der Rebellen gegen die Milizen von Laurent Gbagbo etabliert haben. Seit der Machtübernahme von Alassane Ouattara haben sie ihren Einfluss vor allem im Westen des Landes vergrössert und sich als selbst ernannte Polizei etabliert. Sie haben eigene Kommandostrukturen und arbeiten zum Teil auch mit der heutigen Regierungsarmee, der *Forces républicaines de Côte d'Ivoire* (FRCI) zusammen.³⁵ Das Verteidigungsministerium hat im Juni 2013 den Dozo zwar das Tragen von Waffen verboten und sie dazu aufgefordert, die Strassensperren abzubauen. Doch sie haben die Aufforderung nicht befolgt, sind nach wie vor bewaffnet und führen sich wie Sicherheitsdienste auf. Gemäss der *United Nations Operation in Côte d'Ivoire* (UNOCI) werden sie von den Sicherheitskräften, Politikern und lokalen Autoritäten stillschweigend geduldet. Navi Pillay, *UN High Commissioner for Human Rights*, forderte die Regierung dazu auf, die Dozo für die begangenen Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen. Eugène Nindorera, der Leiter der *Human Rights Division* der *UN Mission in Côte d'Ivoire* (UNOCI) befürchtet, dass die Dozo auch bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2015 wieder Gewalt ausüben werden, wenn sie nicht entwaffnet werden. Bisher hat die Regierung verschiedene Massnahmen auf dem Papier verordnet, doch keine in die Tat umgesetzt.³⁶ Im Dezember 2013 publizierte die *United Nations Operation in Côte d'Ivoire* (UNOCI) in Zusammenarbeit mit dem *United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights* (OHCHR) einen Bericht, in dem schwere Menschenrechtsverletzungen durch die Dozo dokumentiert sind. Die Untersuchungen zeigen auf, dass die Dozo in aussergerichtliche Tötungen, Hinrichtungen im Schnell-

³¹ Gemäss der UN Resolution der Resolution 2112 (2013) hätten bis Ende 2013 30'000 Kämpfer demobilisiert werden sollen.

³² UN Security Council, Midterm report of the Group of Experts on Côte d'Ivoire, pursuant to paragraph 19 of Security Council resolution, 2101 (2013), 14. Oktober 2013.

³³ Human Rights Watch, World Report 2014 - Côte d'Ivoire, 21. Januar 2014.

³⁴ UN Security Council, Midterm report of the Group of Experts on Côte d'Ivoire, pursuant to paragraph 19 of Security Council resolution, 2101 (2013), 14. Oktober 2013.

³⁵ Amnesty International, Cote d'Ivoire: The Victors' Law, 26. Februar 2013, S. 17.

³⁶ IRIN, Ivoirian hunters accused of abuses, 3. Januar 2014: www.ecoi.net/local_link/266557/393646_de.html.

verfahren, illegale Verhaftungen, Plünderungen und Erpressungen involviert sind. UNOCI belegt, dass zwischen März 2009 und Mai 2013 228 Menschen von den Dozo getötet worden sind, 164 sind durch Kugeln, Macheten oder Messer verletzt und 162 willkürlich verhaftet worden. Zudem verifizierte UNOCI 274 Fälle von Plünderungen, Erpressungen und Brandstiftungen durch die Dozo.³⁷

5.4 Krise im Westen

Bis zur Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren wanderten zehntausende Migranten in den Westen von Côte d'Ivoire ein, um auf den Kakao- und Kaffeeplantagen zu arbeiten. Mit der Wirtschaftskrise wurden viele dieser Einwanderer vertrieben. Die Einheimischen betrachteten sie nicht nur als wirtschaftliche Bedrohung, sondern mit der Spaltung des Landes ab 2002 auch als Agenten der den Norden dominierenden *Forces armées des Forces nouvelles* (FAFN). Als Laurent Gbagbo noch an der Macht war, etablierte er deshalb «einheimische» Milizen in der Region. Aufgrund der durchlässigen Grenzen zu Liberia destabilisieren aber auch liberianische Söldner die Region und kämpfen je nach Angebot auf der einen oder der anderen Seite. Mit der Krise nach den Wahlen 2010 und dem Vorrücken der Rebellenarmee FAFN in den Westen des Landes, kam es erneut zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Vor allem in der Duékoué-Region kamen von Ende März bis anfangs April 2011 hunderte Menschen ums Leben. Der Sieg von Alassane Ouattara gegen Laurent Gbagbo veränderte die Machtstrukturen im Westen zugunsten der Dozo und der heutigen Regierungsarmee FRCI.³⁸

Aus Angst vor Racheaktionen oder weil ihr Land immer noch besetzt ist, kehren bis heute viele Vertriebene nicht zurück. Land, das bis 2010 «Einheimischen» gehört hat, wird jetzt von «Dioula»³⁹ besetzt.⁴⁰ Vor allem im Westen ist die Erpressung von Geld an den Checkpoints durch Soldaten weit verbreitet und wird offen praktiziert. Weigern sich die Menschen, die Wegzölle zu bezahlen, werden sie bedroht, verhaftet oder geschlagen. *Human Rights Watch* erstellte dazu nach Interviews mit 82 Opfern und Zeugen im Sommer 2013 einen ausführlichen Bericht.⁴¹

Im Juli 2012 kam es zu einem massiven Angriff auf ein IDP-Camp in Nahibly, bei dem vor allem Dozo involviert waren.⁴² Auch ein Jahr später wurde die Rolle des Militärs und der Dozo nicht aufgeklärt und niemand wurde zur Rechenschaft gezogen.⁴³ *International Crisis Group* weist in einem aktuellen Bericht auf die Gefahr einer weiteren Gewalteskalation im Westen von Côte d'Ivoire hin. Sie empfiehlt zur Befriedung der Region, die Menschenrechtsverletzungen aufzuklären, die in der Re-

³⁷ UN Mission in Côte d'Ivoire (ONUCI), Rapport sur les abus des droits de l'homme commis par des Dozos en République de Côte d'Ivoire, Juni 2013: www.ohchr.org/Documents/Countries/CI/CIRapportDozos.docx.

³⁸ Amnesty International, Côte d'Ivoire: The Victors' Law, 26. Februar 2013, S. 38-39.

³⁹ Personen aus dem Norden.

⁴⁰ Amnesty International, Côte d'Ivoire: The Victors' Law, 26. Februar 2013, S. 38-39.

⁴¹ Human Rights Watch, Côte d'Ivoire: Security Force Extortion, 3. Juli 2013: www.refworld.org/docid/51d3e63e4.html.

⁴² Amnesty International, Côte d'Ivoire: The Victors' Law, 26. Februar 2013, S. 10.

⁴³ Amnesty International, Côte d'Ivoire: It looks like nothing ever happened here: Still no justice one year after Nahibly Camp attack, 29. Juli 2013: www.amnesty.org/en/library/asset/AFR31/009/2013/en/5352fc33-18f4-4d3c-abc4-ebb847c41676/af310092013en.pdf.

gion tätigen Sicherheitskräfte durch neutrale und durch die reguläre Polizei zu ersetzen sowie die Landfrage zu klären.⁴⁴

5.5 Vorfälle 2013

Die UN beschreiben die Sicherheitslage 2013 weiterhin als fragil.⁴⁵ Bei einem Überfall durch unbekannte Milizen im März 2013 starben bei Zilébly, nahe der liberianischen Grenze, mindestens sieben Menschen und über 1'000 wurden vertrieben.⁴⁶ Im Oktober 2013 wurde eine massive Zunahme von Überfällen auf den Schnellstrassen durch Bewaffnete festgestellt. In den Monaten Juli bis September ereigneten sich doppelt so viele Überfälle wie im Jahr 2012. Es kam zu mindestens 18 Überfällen, bei denen 22 Personen ums Leben kamen. Beobachter gehen davon aus, dass die langsame Umsetzung der Reformen im Sicherheitssektor Grund dafür ist und dass ehemalige Milizen in die Überfälle involviert sind.⁴⁷ Am 14. September 2013 forderte eine Schiesserei im MACA Gefängnis in Abidjan mehrere Verletzte⁴⁸ und am 22. Oktober 2013 kam es zu einer Schiesserei in einer Armeebarracke in Yopougon, was zu Gerüchten über einen Coup gegen die Ouattara-Regierung führte.⁴⁹

Im März 2013 wurde das *Centre de coordination des décisions opérationnelles* mit 750 Sicherheitskräften ins Leben gerufen. Diese Einheit soll für eine verbesserte Sicherheit in Abidjan sorgen und auch gegen die illegalen Strassensperren vorgehen, die vor allem in der Nacht aktiviert werden.⁵⁰

6 Einschüchterung der Opposition: Verhaftungen, Verschwindenlassen

Gemäss einem aktuellen Bericht von *Amnesty International* werden weiterhin tatsächliche und vermeintliche Unterstützer von Laurent Gbagbo Opfer von Menschenrechtsverletzungen.⁵¹

⁴⁴ International Crisis Group, Côte d'Ivoire : le Grand Ouest, clé de la réconciliation, Rapport Afrique N°212, 28. Januar 2014: [www.crisisgroup.org/~media/Files/africa/west-africa/cote-divoire/212-cote-d-ivoire-le-grand-ouest-cle-de-la-reconciliation.pdf](http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/africa/west-africa/cote-divoire/212-cote-d-ivoire-le-grand-ouest-cle-de-la-reconciliation.pdf).

⁴⁵ UN Security Council, Report of the Secretary-General on the protection of civilians in armed conflict [S/2013/689], 22. November 2013.

⁴⁶ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. April 2013; Rfi, Côte d'Ivoire: un centre opérationnel pour rationaliser la surveillance policière à Abidjan, 11. März 2013: www.rfi.fr/afrique/20130311-cote-ivoire-nouveau-centre-operationnel-destine-rationaliser-surveillance-policiere.

⁴⁷ IRIN, Côte d'Ivoire Sees sharp Rise in Banditry, 16. Oktober 2013: www.ecoi.net/local_link/260446/386387_de.html.

⁴⁸ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. Oktober 2013.

⁴⁹ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. November 2013.

⁵⁰ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. April 2013; Rfi, Côte d'Ivoire: un centre opérationnel pour rationaliser la surveillance policière à Abidjan, 11. März 2013: www.rfi.fr/afrique/20130311-cote-ivoire-nouveau-centre-operationnel-destine-rationaliser-surveillance-policiere.

⁵¹ Amnesty International, Côte d'Ivoire: Militia leader accused of crimes against humanity must be detained lawfully, 17. Januar 2014: www.refworld.org/docid/52de3c104.html.

6.1 Politisch und ethnisch motivierte Verhaftungen

Verhaftungen aus politischen und ethnischen Gründen haben in Côte d'Ivoire eine traurige Tradition. Wie bereits beschrieben, verläuft die Konfliktlinie zwischen den Menschen aus dem Norden und dem Süden, beziehungsweise zwischen Muslimen und Christen.⁵² Unter Laurent Gbagbo wurden Angehörige der «Dioula» regelmässig angegriffen und beschuldigt, die im Norden rebellierenden *Forces armées des Forces nouvelles* (FAFN) oder Alassane Ouattara zu unterstützen. Seit Ouattara an der Macht ist, hat sich das Blatt gewendet.⁵³

Amnesty International beschrieb 2013 ausführlich, dass tatsächliche und vermeintliche Anhänger von Laurent Gbagbo aus politischen Gründen verhaftet werden. Dazu befragten sie in Abidjan 50 Häftlinge und ehemalige Häftlinge und deckten verschiedene systematische Gesetzesverstösse auf: Die Militärpolizei führt einen Grossteil der willkürlichen Verhaftungen ausserhalb der gesetzlichen Normen durch. Auch Angehörige der nationalen Armee (FRCI) führen Verhaftungen durch, obwohl das nicht zu ihrem Mandat gehört. Militärpolizisten und Armeeangehörige erpressen dabei von den Inhaftierten hohe Lösegelder für ihre Freilassung. Verhaftungen erfolgen oft bei Razzien nach Angriffen auf militärische Einrichtungen und haben die Form von Massenverhaftungen, die von *Amnesty International* als willkürliche Strafmassnahmen gegen politische und ethnische Gegner beschrieben werden. Die Verhafteten werden über lange Zeitperioden an geheimen Orten festgehalten und haben keinen Zugang zu ihren Familien, Ärzten oder einem Anwalt. In verschiedensten geheimen Haftzentren (Militärcamps, Privatunterkünften, öffentlichen und privaten Gebäuden der Armee) werden die Inhaftierten unter harschen Bedingungen gefangen gehalten. Sie werden mit dem Tod bedroht, ebenso ihre Familienangehörige. Viele berichten von Folterungen.⁵⁴

Die von *Amnesty International* gesammelten Informationen ehemaliger Häftlinge in Abidjan und im Westen von Côte d'Ivoire weisen darauf hin, dass die Sicherheitskräfte und die Dozo nun insbesondere die sogenannten «Einheimischen», vor allem Bétés, Didas oder Guérés angreifen, da sie verdächtigt werden, Laurent Gbagbo zu unterstützen und Mitglieder bewaffneter Milizen zu sein.⁵⁵ In einigen Fällen genügte bereits der Name als Beweis südlicher Herkunft, um als vermeintlicher Gbagbo-Anhänger verhaftet zu werden.⁵⁶ *Amnesty International* erwähnt hochrangige Politiker, die während der Regentschaft von Laurent Gbagbo mit an der Macht waren und aus politischen Gründen verhaftet wurden. Einer von ihnen ist Alphonse Douati, ein ehemaliger Minister und stellvertretender Generalsekretär der *Front Populaire Ivoirien* (FPI). Auch Laurent Akoun, der Generalsekretär der FPI, wurde im Sommer 2012 verhaftet und wegen Störung der öffentlichen Ordnung zu sechs Monaten Haft, einem Jahr ohne zivile Rechte sowie einem Jahr Aufenthaltsverbot ausserhalb seines Geburtsortes verurteilt. *Amnesty International* bezeichnet ihn als politischen Häftling und fordert seine Freilassung. Nicht nur Personen mit einem hochrangigen politischen Profil werden verhaftet. *Amnesty International* sprach auch mit Personen, die

⁵² Katja Werthmann, *Africa Spectrum*, Wer sind die Dyula? Ethnizität und Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire (Ethnicity and Civil War in Côte D'Ivoire), Vol. 40, No. 2 (2005), pp. 221-240: www.jstor.org/stable/40175073.

⁵³ Amnesty International, *Cote d'Ivoire: The Victors' Law*, 26. Februar 2013, S. 25.

⁵⁴ Amnesty International, *Cote d'Ivoire: The Victors' Law*, 26. Februar 2013, S. 21.

⁵⁵ Amnesty International, *Cote d'Ivoire: The Victors' Law*, 26. Februar 2013, S. 25.

⁵⁶ Amnesty International, *Cote d'Ivoire: The Victors' Law*, 26. Februar 2013, S. 24-28.

nicht aufgrund eines hochrangigen politischen Profils, sondern nur wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit und der angenommenen Unterstützung Laurent Gbagbos verhaftet wurden.⁵⁷

6.2 Massenverhaftungen 2012

Angriffe auf die nationalen Sicherheitskräfte in und um die Metropole Abidjan sowie entlang den Grenzen zu Ghana und Liberia führten im Sommer 2012 zu Massenverhaftungen von tatsächlichen und vermeintlichen Gbagbo-Anhängern. Personen mit Verbindungen zu ehemaligen Regierungsmitgliedern während der Regierungsära Gbagbos hätten die Angriffe geplant, finanziert und durchgeführt, so die Begründung.⁵⁸ *Human Rights Watch* berichtete, dass willkürliche Massenverhaftungen von mutmasslichen Gbagbo-Anhängern im August 2012 in Yopougon und in Dabou bis mindestens am 11. September 2012 fast täglich erfolgt sind. Jugendliche seien dabei in ihren Wohnungen, in Restaurants und bei traditionellen Feiern willkürlich verhaftet worden. Sicherheitskräfte zwangen oft 20 oder mehr als Gbagbo-freundlich verdächtige Jugendliche, in Militärlastwägen zu steigen. Insgesamt wurden gemäss *Human Rights Watch* hunderte junge Männer aufgrund ihrer Ethnizität und ihres Wohnortes festgenommen.⁵⁹ Die Sicherheitskräfte hielten sie gesetzeswidrig in Militärlagern fest, schlugen die Inhaftierten und verweigerten ihnen Wasser und Nahrungsmittel.⁶⁰ Auch *Amnesty International* schrieb über die willkürlichen Verhaftungen und Folterungen und wies darauf hin, dass sich unter den Verhafteten auch Mitglieder des *Front Populaire Ivoirien* (FPI) von Laurent Gbagbo befanden.⁶¹

Auch die UN wies auf spezifische Übergriffe gegen Mitglieder der FPI hin. Am 18. August 2012 haben Unbekannte in Abidjan das Hauptquartier der ehemaligen Regierungspartei FPI angegriffen. Dabei wurden zwei Unterstützer der FPI verletzt. Am 19. August 2012 wurde eine der FPI nahestehende Druckerei in Abidjan von Unbekannten geplündert und niedergebrannt. Diese Angriffe sowie die Plünderung einer Residenz eines FPI-Funktionärs, gemeinsam mit der Verhaftung vieler Mitglieder der politischen Opposition, haben zu Sicherheitsbedenken innerhalb der Opposition geführt.⁶² Im Oktober 2012 beschrieb der Sprecher der FPI, Ricard Kodjo, dass in Abidjan etwa 400 Personen entführt, 360 bis 380 weitere verhaftet und vier Personen getötet worden sind. Die Häuser von Personen, die vertrieben worden sind, würden als «Konzentrationslager» genutzt. In Abidjan gebe es mindestens ein Dutzend Fol-

⁵⁷ Amnesty International, Côte d'Ivoire: The Victors' Law, 26. Februar 2013, S. 24-28.

⁵⁸ UN Security Council, Thirty-first progress report of the Secretary-General on the United Nations Operation in Côte d'Ivoire, 31. Dezember 2012: www.ecoi.net/file_upload/1226_1358347597_n1265843.pdf.

⁵⁹ Human Rights Watch, A Long Way from Reconciliation, Abusive Military Crackdown in Response to Security Threats in Côte d'Ivoire, 19. November 2012: www.ecoi.net/file_upload/1226_1353338764_cotedivoire1112webwcover.pdf.

⁶⁰ Human Rights Watch: World Report 2013 - Côte d'Ivoire, 31. Januar 2013: www.ecoi.net/local_link/237131/360005_de.html.

⁶¹ Amnesty International, Côte D'Ivoire: Time to put an end to the cycle of reprisals and revenge, 26. Oktober 2012: www.amnesty.org/en/news/c-te-d-ivoire-time-put-end-cycle-reprisals-and-revenge-2012-10-26.

⁶² UN Security Council, Thirty-first progress report of the Secretary-General on the United Nations Operation in Côte d'Ivoire, 31. Dezember 2012: www.ecoi.net/file_upload/1226_1358347597_n1265843.pdf.

terlager.⁶³ *Agence France-Presse* meldete im Dezember 2012, dass neben führenden Mitgliedern unter Laurent Gbagbo auch dutzende Zivilistinnen und Zivilisten sowie Soldaten in Haft seien, die weniger hochrangige Ämter ausgeübt haben.⁶⁴ Die Übergriffe würden die Spannungen zwischen der Regierung Ouattara und der Opposition anheizen.⁶⁵

6.3 Verhaftungen 2013

Obwohl die Übergriffe der Sicherheitskräfte im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sind, sind die Sicherheitskräfte weiterhin in willkürliche Verhaftungen, Folter von Gefangenen und Erpressungen an den Checkpoints involviert.⁶⁶ Im Sommer 2013 kritisierte Doudou Dièèn, ein Menschenrechtsexperte der UN, dass die Regierung politische Aktivitäten einschränke und Parteimitglieder ohne Anklage beziehungsweise wegen Gefährdung der staatlichen Sicherheit verhafte. Über einzelne politisch motivierte Verhaftungen wurde in den Medien berichtet. Am 10. Juni 2013 wurde der Leiter der Jugendorganisation der FPI, Justin Koua, aufgrund «destabilisierender Aktivitäten» verhaftet.⁶⁷ Im Juli 2013 bestätigte ein Gericht die Anklagen gegen mehr als 80 ehemalige Anhänger des Gbagbo-Regimes.⁶⁸ Am 23. November 2013 wurde der FPI-Generalsekretär Laurent Akoun aus unbekanntem Gründen zum wiederholten Mal verhaftet.⁶⁹

6.4 Mordkommandos nach Ghana entsandt

Das Ouattara-Regime versucht auch die Opposition im Exil in Ghana zu überwachen.⁷⁰ Das *UN Panel of Experts on Liberia* gab am 11. Dezember 2013 bekannt, dass die ivorische Regierung mindestens zweimal Mordkommandos nach Ghana geschickt hat, um dort lebende Anhänger von Gbagbo töten zu lassen. Diese wurden bezichtigt, liberianische Söldner bezahlt zu haben, um die Regierung Ouattaras zu destabilisieren.⁷¹

6.5 Einschüchterung von Journalisten

Im November 2013 zeigte sich *Reporters Without Borders* alarmiert über das Klima der Einschüchterungen von ivorischen Journalisten. Am 14. November 2013 wurde der Herausgeber des *Tomorrow Magazine*, Désiré Oué, ermordet. Der Journalist des

⁶³ Integrated Regional Information Network: Crackdown sparks rights abuse allegations, 22. Oktober 2012: www.ecoi.net/local_link/229485/351847_de.html.

⁶⁴ Agence France-Presse, Gunmen attack military targets in I. Coast: army, UN, 21. Dezember 2012: <http://reliefweb.int/report/cote-divoire/gunmen-attack-military-targets-i-coast-army-un>.

⁶⁵ UN Security Council, Thirty-first progress report of the Secretary-General on the United Nations Operation in Côte d'Ivoire, 31. Dezember 2012: www.ecoi.net/file_upload/1226_1358347597_n1265843.pdf.

⁶⁶ Human Rights Watch, World Report 2014 - Côte d'Ivoire, 21. Januar 2014.

⁶⁷ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. Juli 2013.

⁶⁸ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. August 2013.

⁶⁹ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. Dezember 2013.

⁷⁰ BBC News, Ivory Coast 'targeted Laurent Gbagbo allies' in Ghana, 2. Dezember 2013: www.bbc.co.uk/news/world-africa-25187136#sa-ns_mchannel=rss&ns_source=PublicRSS20-sa.

⁷¹ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 2. Januar 2014.

Le Nouveau Réveil, Dieusmonde Tadé, wurde vier Tage später entführt.⁷² Die Zeitung *Le Nouveau Réveil* steht der Koalitionspartei PDCI unter dem früheren Präsidenten Bédié nahe.⁷³ Die Ermordung von Désiré Oué konnte zu dieser Zeit noch nicht in Zusammenhang mit seinen journalistischen Arbeiten gebracht werden. Tadé erhielt vor seiner Entführung Todesdrohungen aufgrund eines Artikels, den er über einen ehemaligen Rebellenkommandanten geschrieben hatte.⁷⁴ Im September 2012 wurden sechs Tageszeitungen mit Verbindungen zur FPI eingestellt, nachdem diese ein Foto veröffentlicht hatten, das Laurent Gbagbo gemeinsam mit seiner Regierung zeigt, die er trotz seiner Niederlage bei den Wahlen im Jahr 2010 ernannt hatte.⁷⁵

7 Angst vor der Rückkehr

Aus Angst vor Repressalien wollen tausende landflüchtige Ivorer und Ivorerinnen weiterhin nicht nach Côte d'Ivoire zurückkehren. Bis im Dezember 2013 kehrten von den 12'500 Ivorern, die in den Jahren 2010 und 2011 nach Ghana und Togo geflohen waren, nur 710 zurück. Die Situation stellt sich bei denjenigen, die nach Liberia geflohen sind, anders dar. Das hat in erster Linie mit den Profilen der Flüchtlinge zu tun. Viele der nach Ghana Geflohenen kommen aus Abidjan und weiteren Städten. Unter ihnen befinden sich hochrangige Anhänger von Gbagbo, aber auch Mitglieder der Jugendorganisation von Gbagbos *Front Populaire Ivoirien* (FPI) sowie der Studentenunion. Jene, die nach Liberia geflohen sind, stammen zum grössten Teil aus dem Westen des Landes und den Grenzgebieten. Viele Flüchtlinge in Ghana fürchten, bei der Rückkehr von den Regierungskräften entführt zu werden. Bernard Kaban, ein ehemaliger Student aus Youpougon, kehrte mit zwei Kollegen im September 2013 nach Abidjan zurück. Sie wurden zweimal in der Nacht von Regierungssoldaten aufgesucht. Da sie sich bedroht fühlten, kehrten sie wieder nach Ghana zurück. Auch Adrien Koné, der ein Mitglied der Jugendbewegung war, kehrte nach nur zwei Tagen Aufenthalt in Abidjan wieder nach Ghana zurück, da er sich ebenfalls überwacht und bedroht fühlte.⁷⁶

⁷² Reporters Sans Frontières, Côte d'Ivoire - Threatening environment for journalists, 21. November 2013: www.ecoi.net/local_link/263359/389753_de.html.

⁷³ Crisiswatch, Côte d'Ivoire, 1. Dezember 2013.

⁷⁴ Reporters Sans Frontières, Côte d'Ivoire - Threatening environment for journalists, 21. November 2013: www.ecoi.net/local_link/263359/389753_de.html.

⁷⁵ Reuters, Washington, U.N. criticises Ivory Coast on newspaper bans, 14. September 2012: www.trust.org/alertnet/news/washington-un-criticises-ivory-coast-on-newspaper-bans/.

⁷⁶ IRIN, Ivoirian refugees in Ghana and Togo fear reprisal, 19. Dezember 2013: www.ecoi.net/local_link/265626/392659_de.html.

8 Glossar

8.1 Personen⁷⁷

Laurent Gbagbo. Gründer und langjähriger Vorsitzender der **FPI**, 2001-2010 Präsident, 2011 dem Internationalen Strafgerichtshof in den Haag überstellt.

Alassane Ouattara. Von 1990 bis 1993 Premierminister, Präsident seit 2011, Vorsitzender der RDR, Wählerschaft vor allem aus dem Norden.

Felix Houphouët-Boigny. † 1993, Präsident von 1960-1993 (Zeit der Einheitspartei **PDCI**)

Henri Konan Bédié. Interimspräsident 1993-1995, Gewinner der Präsidentschaftswahlen 1995, wurde 1999 in einem Staatsstreich gestürzt, Vorsitzender der **PDCI**, seit 2011 mit der PDCI in einer Regierungskoalition mit Ouattaras RDR.

Guillaume Soro. Anführer der Rebellion im Norden, ab 2007 Premierminister unter Gbagbo ab 2010 unter Ouattara.

General Robert Guéï. † 2002. Nach Putsch gegen Bédié militärischer Führer von Dezember 1999 bis Oktober 2000.

8.2 Parteien

Front Populaire Ivoirien (FPI). von **Gbagbo** im Untergrund 1982 gegründet, von 2001-2010 an der Macht, ab 2011 in der Opposition.

Parti démocratique de la Côte d'Ivoire (PDCI). von 1960-1999 die stärkste Partei, bis 1990 die Einheitspartei. **Bédié** der Vorsitzende, seit 2011 Regierungskoalition mit Ouattaras RDR.

Rassemblement des Républicains (RDR). Alassane **Ouattara** der Vorsitzende, seit 2011 in Koalition mit der PDCI.

Fédération estudiantine et scolaire de Côte d'Ivoire FESCI. Studentenvereinigung in der Opposition unter Felix Houphouët-Boigny.

8.3 Armee / bewaffnete Gruppen

Forces armées des Forces nouvelles (FAFN). Rebellenarmee, die von 2002 bis 2010 den Norden kontrollierte, bis 2007 unter Soro. 2011 zur regulären Armee ernannt (FRCI).

⁷⁷ Die folgenden Auflistungen sollen zur Vereinfachung und als Überblick dienen und sind weder vollständig noch umfassend.

Forces républicaines de Côte d'Ivoire (FRCI). Seit März 2011 reguläre Armee aus den Einheiten der Rebellenarmee (FAFN) und der regulären Armee unter Gbagbo (FDS).

Forces de défense et de sécurité (FDS). ehemalige reguläre Armee unter Gbagbo.

Dozo. Traditionelle Jäger-Miliz, vor allem im Westen aktiv, früher auf Seite der Rebellen, seit der Machtübernahme von Ouattara weiterhin auf Seite der FRCI im Westen aktiv.

Liberianische Söldner. Vor allem im Westen aktiv.

SFH-Publikationen zu Côte d'Ivoire und anderen Herkunftsländern von Flüchtlingen finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH setzt sich dafür ein, dass die Schweiz das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehaltene Recht auf Schutz vor Verfolgung einhält. Die SFH ist der parteipolitisch und konfessionell unabhängige nationale Dachverband der Flüchtlingshilfe-Organisationen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Mandate des Bundes sowie über freiwillige Unterstützungen durch Privatpersonen, Stiftungen, Kantone und Gemeinden.

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/news/newsletter